

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Redaktions-Direktor
Herrn v. Wedemeyer-Comm. Nr. 10011
Für die Redaktions-Verwaltung: Nr. 10011
Schneide- u. Druckerei: Nr. 10011
Dresden-III, I. Marienstraße 28/29

Preis der Nummer 1 Pf. 12. Januar 1929 bei täglich zweimaliger Auslieferung frei Haus 1,70 Mk.
Abonnementpreis für Monat Januar 5,40 Mk. ohne Postgebühren. Postnummer 10 Pf.
Kubikinhalt 35 Hg. Inhaltsverzeichnis: Die Bausachen werden nach Goldman berechnet;
die einseitige 30 mm breite Seite 25 Pf., für anderwärts 40 Pf., Sammelanzeigen und Stellen-
angebote ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 25 Pf., die 90 mm breite Seitenlänge 300 Pf., außer-
halb 250 Pf., Offerten: extra 30 Pf., Kubikinhalt der Auflage gegen Vorauszahlung

Dred u. Verlag: Meißel & Meißel, Dresden, Postfach-Box 1068 Dresden
Nachdruck nur mit schriftl. Quellenangabe
(Dresden, Red.) zulässig, unvertanliche
Schriftsätze werden nicht aufbewahrt

Hugenberg über Dawesfrage und Bauernnot

Unseren Landwirten Heil! Der Führer beiden Deutschnationalen Ostschachsens

Unsere stets gern gesehene Gäste vom Lande sind wieder da, und wir rufen ihnen ein herzlich willkommen zu. Das Programm der Grünen Woche hat einen erheblichen Umfang. Alle Gebiete der landwirtschaftlichen Praxis sind vertreten: Getreide- und Milchwirtschaft, Fischerei, Forsten, Obst- und Weinbau, die Tierzucht mit ihren verschiedenen Ausrichtungen, auch die Landfrau kommt in ihrem besonderen Arbeitsreich zum Wort. Der deutschen Grenznot im Osten ist ebenfalls ein Vortrag gewidmet. Nationalpolitisch brauchen wir dringend eine Verstärkung der Bauernfront im Osten, da das geeinte Votum stärker unsere Grenze vordrängt als in den Vorkriegsjahren. Aus dem ganzen reichhaltigen Beratungskreis aber haben sich als Maßgaben der Gegenwart und Wegweiser der Zukunft besonders markant zwei Vorträge heraus, die das Kapitel, Bauernarbeit, Bauernlohn und Bauernnot sowie den Kampf der deutschen Landwirtschaft um ihre Existenz behandeln. Der schwere Ernst der landwirtschaftlichen Notlage schwebt über dieser Tagung. Noch ältern in der Dessenlichkeit die Erregungen nach, die mit der jüngsten Bauernbewegung verbunden waren und die ihre letzten Ausläufer in den Ereignissen in Schleswig-Holstein gefunden hatten. Den allergrößten Eindruck aber muß doch die große Kundgebung der vereinigten bayrischen Bauernkammern machen, in der mit der ganzen moralischen Ducht des zur äußersten Selbstverteidigung entschlossenen führenden Nährstand für den Fall weiterer Vergessen der staatlichen Faktoren der Vorkriegszeit gegenüber den Städten und der Boykott aller ausländische Waren führenden Geschäfte angekündigt wird. So stehen die Dinge unverkennbar auf des Messers Schneide. Es soll gewiss nichts beschönigt werden, was an Gewalttätigkeiten, soweit von solchen überhaupt die Rede sein kann, vorgefallen sein mag. Aber daß den notleidenden Bauern, denen zur Entlastung unerschwinglicher Steuern ihr Vieh und damit ihr Betriebskapital abgepfändet wird, einmal die Galle überläuft, daß sie doch wohl menschlich sehr begreiflich und entschuldigbar. Da erscheint ohne Frage die allermildeste Beurteilung am Platze. Deshalb ist es empörend, daß gewisse Kreise, die sonst immer sogar bei Schwerverbrechen die Berücksichtigung des sozialen Milieus des Uebelstüters als Milderungsgrund fordern, allemal dann, wenn es sich um bäuerliche Auffrechnungen wider eine als untragbar empfundene Steuerpraxis handelt, alle Register unnothdächtiger Strenge und Härte ziehen und jede Spur von Verständnis für alle die Dinge vernichten lassen, die in dem Thema der Grünen Woche, Bauernarbeit, Bauernlohn und Bauernnot, eingehende Beleuchtung finden sollen. In der Theorie hat die Sozialdemokratie ein ganz passables Agrarprogramm aufgestellt, dessen Einzelheiten freilich zum Teil nur eine Wiederholung von bereits früher aufgestellten Forderungen der Landwirtschaft sind, und der landwirtschaftsfeindlichen bürgerlichen Parteien sind. In der Praxis aber fällt die landwirtschaftliche Mäße der Sozialdemokratie immer sehr bald ab. Das hat sich auch wieder bei den letzten Zwischenfällen bestätigt. Sozialistische preußische Landtagsabgeordnete haben es über sich gebracht, die hollsteinische Bauernbewegung in einer Anfrage an die Regierung als „überhandnehmende wilde Treibereten“ zu bezeichnen, und ein anderer sozialistischer Abgeordneter hat sogar mit der Mobilisierung der städtischen Arbeitlosen gegen die Bauern gedroht! Solche Dinge müssen alle deutschen Bauern, nicht bloß die preußischen, sich ins Gedächtnis prägen, damit sie nicht einen Augenblick tief ins Gedächtnis prägen, damit sie nicht einen Augenblick vergessen, wo ihre wahren Freunde zu suchen sind und was von den Betuerungen der sozialistischen Kreise zu halten ist. Wie sehr die landwirtschaftliche Notlage gerade auf den Bauernstand drückt, zeigt u. a. das Maß der Verschuldung. Von untersuchten 10.294 Betrieben, die über die tragbare Grenze hinaus verschuldet sind, gehören 80 Prozent dem Klein- und Grundbesitz unter 400 Hektar Fläche an und nur 20 Prozent dem Großgrundbesitz über 400 Hektar. Was ein solcher Notstand für die Allgemeinheit bedeutet, erhellt aus der Tatsache, daß die mit 30 Milliarden Mark beauftragte Hälfte des deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtertrages in der Landwirtschaft gewonnen wird. Die Wahrheit hat sich schließlich, aller Verheißung zum Trotz, auch auf diesem Gebiete durchgebohrt und die demokratischen Kreise mitterteilt. Der demokratische Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Dietrich, hat rückhaltlos zuggegeben, daß die deutsche Landwirtschaft sich in einer gefährlichen Krise befindet und daß die deutschen Landwirte in großer Zahl in ihrer Existenz bedroht sind. Er hat weiter festgestellt, daß die Meinung, die Agrarkrise sei eine in erster Linie nur die Landwirtschaft selbst angehende Sache, nicht nur grundfalsch sei, sondern daß sie im Falle ihrer praktischen Anwendung eine unabsehbare Katastrophe für das ganze deutsche Volk und seine Wirtschaft heraufbeschwören würde. Bauernnot ist Volks Not! Das ist der allein richtige Standpunkt, aus dem es die notwendigen Folgerungen für die staatliche Unterstützungsaktion zu ziehen gilt. Was nach dieser Richtung neben der Regelung des Abfahrs und der Preise sowie des Kreditwesens besonders getan werden muß, hat jedoch der bayrische Landtag

Das Ereignis des Deutschnationalen Parteitages für Ostschachsen am gestrigen Sonntag war das Auftreten des neuen Parteiführers, Geheimrats Hugenberg. Kein Politiker ist in Deutschland, der von allen Seiten so umstritten, der so verschrien und verlästert worden wäre als rücksichtsloser Diktator und schlimmbrütender Putschist. Da tritt er ans Rednerpult, schlicht und einfach im Wesen, so gar nicht Gewalttätig. Inbezug auf seine Persönlichkeit ist er — von vornherein eine starke Welle von Verehrung und Vertrauen, die ihm aus der Partei entgegenflutet. Und dann spricht er und wird in der Rede zum Führer. Zwar schlicht auch und anspruchslos im Sprechen, ohne das nach oratorischen Effekten, aber fest und überzeugend durch die Klarheit des Vortrags und die Sachlichkeit seines Inhalts. Kein Anflug an Agitation, nur der besorgte Ernst ist in seiner Rede, der sich aus dem Thema ergibt.

Die zwei großen brennenden Fragen der Zeit greift Hugenberg heraus aus der Fülle der Probleme, die die Partei beschäftigt: Die Not der Landwirtschaft und die Dawesfrage; beide eng zusammenhängend, beide Deutschlands Schicksal gestaltend. Mit Nachdruck betont und beifällig begrüßt wird der in den Vordergrund gestellte Satz, daß sich die Deutschnationalen Volkspartei an keiner Koalition der halben Arbeit mehr beteiligen wird; nur wenn sie ihre Ziele auch wirklich durchsetzen kann, ist sie wieder zum Einspringen bereit. Daraus ergibt sich für die Gegenwart der Wille zu entschlossener Opposition auf der ganzen Linie. Eine Opposition, die sich gegen die heute übliche Politik der Schlagworte wendet und darauf dringt, daß die Dinge beim wahren Namen genannt werden. Anschaulich und packend schildert der Redner die Gefahren, die vom Uebergreifen der Agrarnot auf die anderen Berufs- und Volksschichten drohen. Niedergang der Industrie, des Handels, des Gewerbes, wachsende Arbeitslosigkeit bei fehlenden Mitteln zur Unterstützung der Hungernden. Als Folge Verzweiflungstimmung in den Reihen des Nährboden des Volkswohnens. Mit jedem Tag wird die Ueberzeugung eingehämmert, daß Bauernnot nicht Berufsnot ist, sondern Volksnot. Ebenso klar werden

dann die Hilfsmittel erörtert, die allein noch helfen können, die aber die Landwirtschaft in ihrer heutigen Lage nicht aus eigener Kraft anwenden kann, sondern nur noch mit tätiger Hilfe des Reiches. Voraussetzung freilich ist, daß sie ihre Kräfte nicht wie bisher zersplittert, sondern zusammenhält, wirtschaftlich, aber auch politisch.

Die Hauptschuld an diesen Zuständen trägt die Dawesfrage. Hugenberg gibt offen zu, daß das Auseinanderfallen der Deutschnationalen bei der Entstehung der Tributgesetze all die Jahre her eine schmerzliche Wunde am Parteikörper war. Aber jetzt, angeht die der von neuem drohenden Gefahr, schließt sich die Wunde. Den neuen Problemen gegenüber herrscht nur Einigkeit und Geschlossenheit. Mit meisterlicher Anschaulichkeit schildert der Redner die verwickelten Zusammenhänge des Reparationsproblems, das bisherige trügerische Verfahren und die neue Entwicklung. Was in diesen sogenannten Probestritten geschah mit Hilfe einer unvertanlichen Pumpschwanzwirtschaft, war Mißbrauch des Dawesplans, dem Wortlaut und dem Sinne nach. Und weil dieser Mißbrauch ohne Widerspruch geduldet und damit schließlich in aller Welt der Eindruck deutscher Leistungsfähigkeit erweckt wurde, kommt jetzt das dicke Ende nach in Gestalt von Reparationsplänen, die uns die letzte Stütze, den Transferschub, rauben und dafür neue Schwierigkeiten durch die Privatisierung der Staatsschulden bringen sollen. Damit würde die richtige Stimmung in der Welt erzeugt, um uns bei der über kurz oder lang notwendigerweise eintretenden Zahlungsunfähigkeit, mit einem Ansehen von Nicht zu leisten gegen vom Leibe zu reißen.

Die Deutschnationalen, sagt Hugenberg, geben diesem Weg des Unfalls nicht mit. Als seine heiligste Aufgabe steht er es an, die Erkenntnis dieser Gefahren, die zur dauernden Verklavung Deutschlands an das Auslandskapital führen würden, ins Volk zu tragen, den Widerstand dagegen zu organisieren und zum Siege zu führen. Alles andere, was uns bedrängt, steht dieser Aufgabe nach. Was antritt, so klingt es aus dem Schlußwort, das ist der Mut zur Wahrheit!

Der Verlauf des Parteitages

Die Deutschnationale Volkspartei, Landesverband Ostschachsen, hielt am Sonntag in Dresden ihren Parteitag ab. Es war eine impotante, von einer erfreulichen Einmütigkeit und Geschlossenheit zeugende Tagung, die nach darüber eine besondere Note bekam, daß als Hauptredner der Parteivorsitzende Geheimrat Dr. Hugenberg erschienen war.

Nachdem schon am Vormittag eine ganze Reihe von Sonderitzungen stattgefunden hatte, wurde 1,30 Uhr der eigentliche Parteitag eröffnet. Der dichtbesetzte Saal des Vereinsträumens war mit Fahnenputz in den alten deutschen und den sächsischen Farben geschmückt. Rechts und links des Rednerpultes sah man die Wästen des eisernen Kanzlers und des Reichspräsidenten.

Der Landesverbandsvorsitzende v. Lütichau richtete eine längere Begrüßungsansprache an die Versammelten. Klassenkampf, Parteigeiz, parlamentarische Mißwirtschaft zerklüfteten unser Volk und machten es unfähig, den großen außen- und innenpolitischen Gefahren zu begegnen. Da sei es doppelt notwendig für uns, die Reihen zu schließen, den Gefahren ins Auge zu sehen und den festen Willen zu zeigen, dem Führer zur Seite zu stehen, um ihm zu helfen, den nationalen Widerstand zu entspannen. Besondere Worte des Willkommens galt dem Parteivorsitzenden Geheimrat Dr. Hugenberg, hinter dem man in Vertrauen und Dankbarkeit stehe. Möge der Parteitag ihm den Beweis erbringen, daß sein Wille und sein Ziel auch in Ostschachsen Widerhall gefunden hat; die Partei als nationale Bewegung zu einem Instrument zu machen, das stark genug sei, sich für die Befreiung unseres Vaterlandes einzusetzen. Der Vor-

sitzende begrüßte weiter den Wirtschaftsminister Dr. Krug v. Nidda und v. Falkenstein, die Vertreter der übrigen sächsischen Landesverbände, die Reichstags- und Landtagsabgeordneten der Partei, die Bezirks- und Ortsgruppenvorsitzenden, den Vorsitzenden des Deutschnationalen Arbeiterbundes, die Vorsitzenden des Landesfrauenausschusses, die Vertreter der Jugend und der vaterländischen Verbände, die Vorsitzenden der wirtschaftlichen Organisationen, insbesondere den Landesbund, und rief den Brüdern über der Grenze zu, daß der Wille, ihnen zu helfen, im deutschen Vaterlande im Wachsen begriffen sei.

Unser Volk steht in Gefahr, sich nicht nur an das parlamentarische System, sondern zugleich an ein System zu gewöhnen, das die nachrevolutionäre Zeit, ihre Nachhaher und Ruhekücher, errichtet haben, und das uns verderblich sei. Hier sei es unsere Pflicht, unserem Volke unabhängig die Augen zu öffnen, aufzuklären und den Kampf gegen dieses System aufzunehmen. Die politische Trägheit und Uninteressiertheit in allen Schichten unseres Volkes seien groß. Wollten wir den unserem Verantwortungsgefühl entsprechenden Einfluss ausüben auf unseren Staat und das staatliche Leben überhaupt, dann könnten wir das nur durch Machtenstaltung. Die politischen Kräfte bestimmten unsere Lebensformen. Die Politik sei das Primäre. Sie bestimme die Existenzfragen der Wirtschaft und regle die kulturellen Belange.

Ein jedes Volk bestimmt sich selbst sein Los! Wir wollen nicht aufgeben den Glauben an unser deutschfähiges Volk und die Hoffnung auf die Freiheit unseres Vaterlandes! Aber weit besser und notwendiger als dieser Glaube an diese Hoffnung sei der Wille jedes einzelnen, (Fortsetzung Seite nächste Seite)

in einer Erklärung der Koalitionsparteien festgelegt, in der es in Uebereinstimmung mit dem bürgerlichen Landwirtschaftsprogramm im Reich, in Preußen und in Sachsen heißt: „Wir fordern mit allem Nachdruck einen ausreichenden Schutz der einheimischen Produktion in der Gesetzgebung und beim Abschluß aller Handelsverträge. Die rascheste Erfüllung dieser Grundforderung ist die nächste Lebensbedingung der deutschen Landwirtschaft und der gesamten nationalen Volkswirtschaft. Nur ihre Erfüllung gibt, wennsankens zunächst, Gewährung dafür, daß die Produktionskraft der Landwirtschaft erhalten bleibt.“ Natürlich ist mit Staatshilfe allein die Not nicht zu beseitigen. Der deutsche Landwirt muß auch in weitem Umfang zur Selbsthilfe greifen, insbesondere durch das Genossenschaftswesen, er muß neue erprobte Bewirtschaftungsmethoden einführen und sich fortlaufend über die Errungenheiten der landwirtschaftlichen Technik unterrichten, wozu die landwirtschaftlichen Schulen und Veranstaltungen von der Art der Grünen Woche die Möglichkeit an die Hand geben. Hier fehlt es in kleindauerlichen Kreisen vielfach noch an der notwendigen Beweglichkeit; ein allzu hartes Beharrungsver-

mögen erweist sich als hinderlich. Selbsthilfe und Staatshilfe müssen verständnisvoll Hand in Hand gehen, wenn die Wirkung durchgehend sein und die Landwirtschaft wieder fest in den Sattel gesetzt werden soll. Unser deutsches Volk muß gründlich darüber aufgeklärt werden, daß die Bauernnot eines Tages alle Stände und Schichten in ihren Bann ziehen wird, wenn sie nicht rechtzeitig zum Stillstand kommt. Die gefunkene Mentalität des deutschen Aders bedeutet nicht nur Verminderung der Tragfähigkeit des deutschen Aders, sondern in unentrinnbarer Wechselwirkung auch Verminderung der Tragfähigkeit der Industrie bildet. Diese nie genug zu wiederholende Hinweis wahrheit schärft uns die Grüne Woche aufs neue ein, und in ihrem Zeichen möge die bäuerliche Gesundung fleißig fortschreiten, bis der deutsche Bauer wieder sicheren Boden unter den Füßen hat und mit hellem Blick in eine bessere Zukunft sehen kann. Das ist der Wunsch, der uns von Herzen geht und den wir mit unserem Willkommensgruß für die Teilnehmer der Grünen Woche verbinden.